

Zum Vergleichen drucken wir die Pressemitteilung des EU-Parlamentes zu seiner EntschlieÙung zur "Anti-EU-Propaganda aus Russland", ein Interview mit der polnischen EU-Abgeordneten Anna Fotyga und eine Stellungnahme von Sputnik Deutschland nach.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 164/16 – 26.11.16



Parlament warnt vor Anti-EU-Propaganda aus Russland und von Islamisten

Pressemitteilung, 23.11.16

(<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161118IPR51718/parlament-warnt-vor-anti-eu-propaganda-aus-russland-und-von-islamisten>)

Der Druck auf die EU durch Propaganda aus Russland und von islamistischen Terroristen wächst stetig, sagen die Abgeordneten in einer am Mittwoch angenommenen EntschlieÙung. Diese Propaganda verzerrt Wahrheiten, schürt Angst und Zweifel und will Europa spalten. Um solche Anti-EU-Kampagnen zu bekämpfen, schlägt das Parlament vor, die kleine „Task Force für strategische Kommunikation“ der EU zu verstärken.

Zudem solle mehr in Sensibilisierung, Bildung, Online- und lokale Medien, investigativen Journalismus und Informationskompetenz investiert werden.

„Meine Aufgabe war, die Propaganda der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure zu beschreiben. Dabei konnten wir viele Veränderungen beobachten. Was die Russische Föderation betrifft, so ist die Lage jetzt klar. Nach der Annexion der Krim und der Angriffe im östlichen Teil der Ukraine sind sich viele Länder dieser Desinformation und Manipulation bewusst“, sagte die Berichterstatteerin Anna Fotyga (EKR, PL). „Auch während der Vorbereitung dieses Berichts waren wir Ziel feindlicher Propaganda“, fügte sie hinzu.

Die Resolution unterstreicht, dass die EU Desinformationskampagnen und Propaganda aus Ländern wie Russland und von nichtstaatlichen Akteuren wie dem IS, Al-Qaida und anderen transnationalen terroristischen und kriminellen Vereinigungen bekämpfen muss.

Feindselige Propaganda gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten sei darauf ausgerichtet, Wahrheiten zu verzerren, Zweifel zu schüren, Mitgliedstaaten zu entzweien, eine Spaltung zwischen der Europäischen Union und ihren nordamerikanischen Partnern herbeizuführen, den Entscheidungsprozess lahmzulegen, die EU-Organe und Einrichtungen zu diskreditieren sowie Angst und Unsicherheit bei den EU-Bürgern zu schüren.

Russland will spalten

Die Abgeordneten warnen, dass der Kreml seinen Propagandakrieg seit der Annexion der Krim und dem hybriden Krieg im Donezbecken verstärkt hat. Sie erkennen an, „dass die russische Regierung eine große Bandbreite an Werkzeugen und Instrumenten einsetzt,

darunter Denkfabriken, [...], mehrsprachige Fernsehsender (z. B. RT), Pseudo-Nachrichtenagenturen und Pseudo-Multimediendienste (z. B. Sputnik), [...], soziale Medien und Trolle im Internet, um die demokratischen Werte infrage zu stellen, Europa zu spalten, inländische Unterstützung zu gewinnen und in den Ländern der östlichen Nachbarschaft der EU den Eindruck zu erwecken, als hätten sich ihre staatlichen Strukturen aufgelöst.“

Sie betonen, dass der Kreml „politische Parteien und andere Organisationen in der EU finanziell unterstützt“ und bedauern, dass das Land „EU-feindliche Kräfte“ in der EU unterstützt, insbesondere rechtsextreme Parteien und populistische Kräfte.

Die EU als Ziel des IS/Da'esh

Da die EU und die europäischen Bürger zu den Hauptzielen des IS/Da'esh gehören, fordert das Parlament die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, enger zusammenzuarbeiten, um die Gesellschaft vor Rekrutierung zu schützen und somit ihre Widerstandskraft gegen Radikalisierung zu stärken. Es schlägt zudem vor, eine Gegenstrategie zum IS/Da'esh und zu Al-Qaida zu entwickeln, „unter anderem durch die Stärkung und Erhöhung der Außenwirkung von gemäßigten muslimischen Gelehrten, die über die Glaubwürdigkeit verfügen, der Propaganda des IS/Da'esh und von Al-Qaida die Legitimation abzusprechen.“

Informationskompetenz

Zur Bekämpfung von Anti-EU-Kampagnen schlagen die Abgeordneten vor, in Sensibilisierung, Bildung, Online- und lokale Medien, investigativen Journalismus und Informationskompetenz zu investieren. So würden die Bürger befähigt, Medieninhalte kritisch zu analysieren. Es sei ebenfalls wichtig, auf einzelne Regionen zugeschnittene Informationen bereitzustellen, unter anderem, indem diese in der Landessprache zugänglich gemacht werden, so der Text der Entschließung.

Die Entschließung spricht sich auch für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen EU und Nato bei der strategischen Kommunikation aus, wobei die neunköpfige „Task Force für strategische Kommunikation“ der EU sowie die Belastbarkeit von Medien in den Nachbarländern verstärkt werden sollte.

Die Entschließung wurde mit 304 Stimmen angenommen, bei 179 Gegenstimmen und 208 Enthaltungen.

(Eine offizielle deutsche Übersetzung der Entschließung "Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken" ist aufzurufen unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2016-0441+0+DOC+PDF+V0//DE> . In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die LUFTPOST 020/16 vom 12.02.16 hinweisen, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02016_120216.pdf zu finden ist.)

Informationskrieg: Wie gegen Propaganda vorgehen? Interview mit Anna Fotyga

(<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161118STO51750/informationskrieg-wie-gegen-propaganda-vorgehen-interview-mit-anna-fotyga>)

Aktualisiert am 22.11.16

Von terroristischen Organisationen und Ländern wie Russland betriebene Online-Propaganda zielt darauf ab, Angst und Unsicherheit zu schüren und Europa zu

spalten. Das Plenum debattiert heute Nachmittag (22.11.) über einen Bericht, der stärkere Gegenmaßnahmen und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fordert. Wir haben mit der Berichterstatteerin Anna Fotyga (EKR) aus Polen über die Folgen der Desinformationskampagnen gesprochen und darüber, wie man diesen begegnen sollte.

Welche Auswirkungen haben diese Propaganda-Aktionen? Haben Propaganda-Aktionen das Potenzial, Wahlen in Europa zu beeinflussen?

Nach der russischen Aggression gegen die Ukraine und der Annexion der Krim ist viel geschehen. Das war ein Weckruf.

Unserer Ansicht nach hat Russland in Zentral- und Osteuropa bereits viel früher damit begonnen, Informationen zu verfälschen und Medienmärkte zu beeinflussen. Es handelt sich um eine Fortsetzung der Methoden und Mittel, die während des Kalten Kriegs eingesetzt wurden.



Anna Fotyga

Natürlich ergeben sich Auswirkungen auf die Gesellschaften innerhalb der EU und in anderen Ländern. Sicherlich sind auch die Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika das Ziel russischer Propaganda, unter Einsatz verschiedener Mittel wie zum Beispiel Russia Today.

Warum gelingt es dem sogenannten "Islamischen Staat" über das Internet junge Muslime in Europa zu erreichen? Wie kann Europa sich selbst verteidigen?

Es geht hier nicht nur um junge Muslime. Mit Hilfe des Einsatzes verschiedenster Mittel ist es dem "IS" gelungen, Menschen verschiedener Generationen und Glaubenszugehörigkeiten für sich zu gewinnen und sie dazu zu bewegen, zu konvertieren und sich zu radikalieren.

Ich habe zahlreiche Vertreter verschiedener Ministerien der EU-Mitgliedstaaten getroffen und für die Entscheidungsträger ist es ein regelrechtes Trauma zu wissen, dass sich die Jugend möglicherweise gegen das eigene Land wenden wird. Es ist wirklich außerordentlich schwierig, hier etwas dagegen zu unternehmen, doch wir sind dazu bereit und erhalten nun auch Unterstützung auf europäischer Ebene.

Es gibt hochentwickelte Tools, um die Lage zu evaluieren. Der Bericht nennt Instrumente, um Falschinformationen anzuzeigen und hebt die Notwendigkeit hervor, Fälle und Muster der Radikalisierung zu beschreiben und deren tragischen Folgen für ganze Familien.

Den Mitgliedstaaten stehen Instrumente zur Verfügung, um die sozialen Medien und Fälle der Radikalisierung zu beobachten. Das ist natürlich mit großen Anstrengungen verbunden; doch aufgrund unserer Zusammenarbeit und den Informationen aus den Mitgliedstaaten sind wir uns der Entwicklungen bewusst.

Die Finanzierung bleibt natürlich ein wichtiges Thema. Wir müssen viel mehr in diese Kampagnen investieren, um gegen die Radikalisierung anzukämpfen.

(Das Interview fand vor der Verabschiedung der Entschließung statt.)



Medien-Krieg gegen Russland: Persönliche Motive maßgeblich – EU-Abgeordnete

Sputnik Deutschland, 23.11.16

(<https://de.sputniknews.com/politik/20161123313478736-medien-krieg-eu-gegen-russland/>)

Die polnische EU-Abgeordnete Anna Fotyga hat in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament klar gezeigt, dass sie sich von persönlichen Motiven in ihrem Informationskampf gegen Russland leiten ließ.

Die polnische Abgeordnete und Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung, Anna Fotyga, ist Initiatorin der Resolution „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“. Die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten im Grunde die Einführung einer Medienzensur in der EU.

Zu den Beweggründen sagte Fotyga in ihrer Ansprache: „Der Großteil meines öffentlichen Lebens – wie zu Kommunisten-Zeiten so auch danach – galt dem Kampf gegen die Rhetorik, die von der Sowjetunion und später von der Russischen Föderation innerhalb ihrer traditionellen Einflusssphäre aufoktrojiert wurde“, so die Abgeordnete. „Ich war immer der Ansicht, dass dies sehr gefährlich ist und unsere Souveränität bedroht. Viele Länder Mittel- und Osteuropas stehen vor dem selben Problem.“

„Nach dem Anschluss der Krim und der Aggression gegen die Ukraine sind sich viele westliche demokratische Länder dessen bewusst geworden, welcher Mittel sich Russland zur Desinformation und Manipulation bedient“, so Fotyga just zum Ende ihrer Redezeit. Auf die Details ihrer Resolution konnte die Abgeordnete nicht mehr eingehen. Als die Parlamentarierin nach dem Ende der Debatte wieder das Wort erhielt, bedankte sie sich lediglich bei ihrem Team für die geleistete Arbeit.

Dabei wäre es wichtig gewesen, von der Sicherheits- und Verteidigungspolitikerin persönlich zu erfahren, zu welchen Mitteln Moskau denn nun angeblich greife, um „feindselige Propaganda“ gegen die EU zu führen, wie es in dem Papier heißt. Da heißt es, Russland unterstütze finanziell oppositionelle Parteien und Organisationen in den EU-Mitgliedsländern. Zudem nutze Moskau bilaterale Beziehungen aus, um die Unionsmitglieder zu entzweien. Die Nachrichtenagentur „Sputnik“ und der Fernsehsender „RT“ seien dabei die zentralen Info-Gefahren, ebenso wie die Stiftung „Russkij mir“ und die Agentur „Rossotrudnitschestwo“ des russischen Außenministeriums, heißt es in dem Fotyga-Bericht.

Zugleich stellt die Resolutions-Autorin Maßnahmen gegen das Vorgehen Russlands mit dem Kampf gegen den IS auf eine Stufe. EU-Kommission und Mitgliedsländer der Europäischen Union sollten verstärkt Gegenpropaganda-Projekte finanzieren, so der Appell. Das Dokument gilt als eine Empfehlung an die EU-Mitglieder.

Zuvor hatte das europäische Portal „EU Observer“ berichtet, dass die EU-Arbeitsgruppe, die Gegenmaßnahmen gegen die angebliche „Russland-Propaganda“ ergreifen soll, mit einem Budget von einer Million Euro ausgestattet werden soll. Auch der Fernsehsender „Euronews“ soll zusätzliche Mittel erhalten.

Das Europaparlament hat am Mittwoch sein umstrittenes EU-Strategiepapier „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“ verabschiedet, welches sich explizit auch gegen russische Medien richtet.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern